

Altersarmut: Richard David Precht, das soziale Jahr für Rentner und der Rentenbetrug

Verfasst von: admin am Dezember 15, 2011 4 Kommentare

15.12.11

Bestsellerautor und Neuzeit-Philosoph Richard David Precht sorgte mit seiner These „Soziales Jahr für Rentner“ in der politischen Talkrunde bei Anne Will am 07.12.2011 für negatives Aufsehen. Eigentlich sollte gerade ein Philosoph wie Richard David Precht die verständnisvolle, zwischenmenschliche Sprache pflegen, doch genau davon möchte Herr Precht offensichtlich nichts wissen, denn er plädiert für ein soziales Rentnerpflichtjahr: Rentner sollen ein Jahr lang 15 Stunden die Woche zu ehrenamtlicher Tätigkeit verpflichtet werden. Weigern sich diese, müsse eine Rentenkürzung folgen, eine „Sanktion im Alter“, so Prechts Vorstellungen. Ausgenommen seien ältere Menschen, welche bereits in jüngeren Jahren ehrenamtlich tätig gewesen seien.

Kein Wunder, dass bei solch neoliberalen Thesen selbst ein älterer CDU-Politiker wie Leonhard Kuckart keinesfalls schweigen konnte und Herrn Prechts Argumentationen mit dem Wortgefüge „Zwangsarbeit“ entgegentrat, was dieser natürlich vehement zurückwies und Herrn Leonhard Kuckart darum bat, doch bitte das Wort Pflicht zu benutzen, da das Wort „Zwangsarbeit“ unverantwortlich sei. Sehr merkwürdig, dass Herr Precht hier ein Wort verurteilt, nach dessen Leitlinie er scheinbar handeln möchte; ein Pflichtjahr für Rentner mit Sanktionsandrohungen wäre nämlich schlichtweg ein Zwang. Genauer betrachtet, wäre das soziale Jahr sogar ein Verstoß gegen die freie Entfaltung der Persönlichkeit sowie der Menschenwürde. Man darf Menschen im Alter nicht ihre Selbstbestimmung absprechen.

Der staatliche Rentenbetrug – Altersarmut durch Elitensystem

Geradezu lächerlich wirkte in diesem Zusammenhang auch Herrn Precht seine Behauptung, dass die Lebenserwartung der Menschen immer weiter ansteige. Bei Geringverdienern ist diese sogar auf 75,5 Jahre gefallen. Gehen wir nun davon aus, dass ein Durchschnittsbürger im Schnitt 40-45 Jahre arbeitet, ergo bis zum 67. Lebensjahr in die Rentenkasse einzahlt, dann bleiben diesem Menschen statistisch betrachtet 8,5 Jahre für sein Rentnerdasein. Jetzt betrachten wir nur mal den aktuellen Rentenbeitragssatz 2011; sowohl Arbeitnehmer als auch Arbeitgeber müssen jeweils 9,8 Prozent in die Rentenkasse einzahlen. Durchschnittliches Bruttogehalt liegt bei 2.500 Euro, macht 490 Euro monatlich an Rentenbeitrag, jährlich somit 5.880 Euro. Nach 40 Jahren wurden infolgedessen 235.700 Euro angespart. Unter Berücksichtigung eines Jahreszinssatzes von 3 Prozent besitzt ein Rentner nach 40 Jahren somit 469.744,78 Euro als Kapitalgrundlage für seine Altersvorsorge. Bei einer Monatsrente von 2.000 Euro könnte ein Rentner 19 Jahre von seinem eingezahlten Betrag leben. Von staatlicher Seite kann allerdings mit dem Kapital so gearbeitet werden, dass 5 Prozent p.A. möglich sind, dann hätte ein Rentner 770.935,17 Euro zur Verfügung, also 32 Jahre abgesichert oder 21 Jahre bei einer monatlichen Rente von 3.000 Euro.

Durch die durchschnittliche Lebenserwartung von 75,5 Jahren bei Geringverdienern verdient also lediglich das elitäre System am Rentensystem. Selbst wenn man einmal Frührentner berücksichtigt, dürfte kein Engpass entstehen, von Altersarmut gar keine Rede sein. Anhand dieser Beispielrechnung wäre eine Mindestrente von 1.500 Euro vollkommen realistisch. [Die Umsetzung eines neuen Wirtschaftsmodells, indem ein jeder Arbeitnehmer ein Jahresgehalt von mindestens 40.000 Euro erhält, würde zudem unabhängige soziale Strukturen ermöglichen, für alle Generationen.](#)

Jede Debatte über mögliche wirtschaftliche Fehler sowie Probleme im Rentensystem sind eine Farce, da das Wirtschaftssystem durch das Finanzmarktpokerspiel unlängst vor unüberwindbaren Hürden steht. Anhand der vollzogenen Beispielrechnung wird deutlich, dass der humane Leistungsfaktor, die eigentliche Basis einer realen Wirtschaft bestens funktioniert. Warum fehlen dennoch die Gelder für die Altersvorsorge? Ganz einfach, weil sie am Finanzmarkt verzockt werden. Jene erwirtschafteten Leistungsgelder können dem Volke nicht zu Gute kommen, solange die Wirtschaft, wie gegenwärtig der Fall, über den menschlichen Bedürfnissen steht, Finanzprobleme kleiner Leute sogar in die Enge treiben können. Große Finanzhaie hingegen veruntreuen teilweise Milliarden, aber das stört niemand, der kleine, bürgerliche Schuldner oder Rentner wird stattdessen mit voller Härte belangt.

Herr Precht hat mit seiner These genau diesen neoliberalen Wirtschaftsweg unterstützt. Gerade als Philosoph sollte er sich seiner humanengesellschaftlichen Verantwortung allerdings bewusst sein und alte Menschen keinesfalls verpflichten – haben